

1  
2 Der Landesparteitag möge beschließen:

3  
4 Der CDU-Landesparteitag stellt fest, dass der arbeitsfreie Sonntag zunehmend von Wirt-  
5 schaft und Politik infrage gestellt wird. Trotz der grundgesetzlich verbrieften Sonntags-  
6 ruhe ist Sonn- und Feiertagsarbeit längst nicht mehr auf Bereiche beschränkt, die aus  
7 Gründen der Daseinsvorsorge einen Rund-um-die-Uhr-Betrieb erfordern. Auch Produk-  
8 tions- und Einzelhandelsbetriebe erwarten unter Verweis auf Maschinenauslastung oder  
9 Sicherung ihrer Wettbewerbsfähigkeit von ihren Beschäftigten zunehmend Bereitschaft zu  
10 Sonn- und Feiertagsarbeit. Das gilt im besonderem Maße für den Einzelhandel, wo immer  
11 häufiger Gerichte über die Zulässigkeit von Sonntagsöffnungen entscheiden müssen.

12  
13 Der CDU-Landesparteitag sieht neben den Tarifpartnern auch die Politik in der Verant-  
14 wortung, die weitere Ausbreitung kommerziell begründeter Sonn- und Feiertagsarbeit zu  
15 unterbinden anstatt sie durch Ausnahmeregelungen zu legalisieren und zu fördern. Sie  
16 fordert die CDU-Bürgerschaftsfraktion auf, sich gegenüber dem Senat für die Erstellung  
17 eines regelmäßigen Berichts zur Entwicklung der Sonntagsarbeit und Einhaltung des Sonn-  
18 tagsschutzes im Lande Bremen einzusetzen.

19  
20 **Begründung:**

21 Bundesweit müssen bereits rund 25 Prozent aller Erwerbstätigen Wochenend- oder Feier-  
22 tagsarbeit leisten. Für das Saarland hat die Arbeitskammer aktuell sogar eine Quote von  
23 30,7 Prozent ermittelt. Solche Zahlen sind alarmierend und für Christlich-Soziale nicht  
24 akzeptabel.